Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht. Fremdenliste.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang. Aufl. 54,000 Stück.

Dresden, 1891.

Schlafröcke, Wintermäntel, Joppen beim **Schlafrock-Meyer,** Frauenstr. 8 u. 10.

Vorzüglicher reiner bester Condensirte Milch. Fabrik-Marke. Gesetzl. Gesch. Dresdner Molkerei Gebrüder Pfund. DRESDEN, Bautzner-Str. LONDON, Bury-Street.

Neujahrskarten, Gesangbücher, Albums, Schultaschen u. Ranzen empfiehlt in grösster Auswahl **C. A. Bochmann, Dresden-N., Hauptstr. 25,** Galanteriewaaren- u. Porzellan-Handlung.

W. F. Seeger, Kasernenstrasse 13, Fernsprecher 2153. Dresdner Champagner-Fabrik u. Wein-Grosso-Handlung (gegründet im Jahre 1822). Kommissionslager zu Originalpreisen in allen grösseren Orten von Sachsen und den Nachbarprovinzen. Preislisten versende frei.

Hochfeine **Punsch- und Glühwein-Essenzen** empfiehlt **C. H. Kühn,** Böhmischestrasse 1, Ecke Alaunstrasse.

Moritz Hartung, Altmarkt 13 und Hauptstrasse. Posamenten, seidenes Band, Spitzen, Handarbeits- und alle Damenschneider-Artikel.

Nr. 365. Spiegel: Auflösung des ungarischen und des rumänischen Parlaments. Hofnachrichten. Revidirte Gesindeordnung. Buchdruckerbewegung. Kanarienausstellung. Gerichtsverhandlungen. Concertveranstaltung. | **Donnerstag, 31. December.**

Politisches.

Das Schicksal der Kammer-Auflösung ist zwei europäischen Parlamenten zu Weihnachten beschert worden, dem ungarischen und dem rumänischen. Der ungarische Ministerpräsident Graf Szapary hat unmittelbar vor dem Feste dem Abgeordnetenhause in Budapest mitgetheilt, daß dasselbe, dessen Mandatsdauer erst im künftigen September ablaufen würde, in der ersten Januarhälfte aufgelöst werden soll. Ueberrascht hat diese Ankündigung Niemanden, da man allgemein glaubte, daß der im Jahre 1887 gewählte Reichstag, welcher zum ersten Mal auf 5 Jahre gewählt worden war, keines natürlichen Todes sterben werde. Bereits im Sommer war die Auflösung erwartet worden, als die Opposition durch eine unerhörte Obstruktionspolitik die Verwaltungsreform zu verhindern suchte. Damals wurde dem Kabinet Szapary von regierungsfreundlicher Seite der Rath ertheilt, durch Neuwahlen unmittelbar einen Appell an die Wähler zu richten. Der ungarische Ministerpräsident entschied sich jedoch zunächst für die Weiterfristung des Reichstages und begnügte sich mit dem moralischen Erfolge, den ersten Paragraphen des genannten Gesetzentwurfes, welcher die Verstaatlichung der Verwaltung ausspricht, durchgesetzt zu haben. Als das Kabinet aber im Herbst die ungewöhnliche Bewilligung eines Budgetprovisoriums für 3 Monate verlangte, war es klar geworden, daß die Regierung sich für alle Fälle vorbereiten und die Möglichkeit schaffen wollte, den Lebensfaden des gegenwärtigen Parlamentes zu irgend einem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkte abzuschneiden und es vorzeitig zu seinen Vorgängern zu versammeln.

Die Gründe, welche den Grafen Szapary zu der außergewöhnlichen Maßnahme bewogen haben, liegen auf der Hand. Der Reichstag war seit lange vollständig unfähig geworden, große gesetzgeberische Reformen, wie sie die Regierung plante, durchzuführen. Das Hauptaugenmerk der Parlamentsmitglieder war seit Wochen auf den künftigen Wahlfeldzug gerichtet. Sachliche Debatten kamen überhaupt nicht mehr zu Stande. Der Opposition kam es nur noch darauf an, in leidenschaftlichster Weise die Gemüther der Wähler zu erhitzen. Sie benutzte daher die Tribüne des Abgeordnetenhauses zu dem Zwecke der Agitation draußen im Lande. Die Werbetrommel wurde bereits überall gerührt, bevor noch die bevorstehende Auflösung zur Gewißheit geworden war. Ueberdies waren die parlamentarischen Umgangsformen der ungarischen Kammer so unerquicklich und unleidlich geworden, daß schon aus diesem Grunde ein gedeihliches Zusammenwirken der Regierung mit dem Reichstage fast zu einer Unmöglichkeit geworden war. Wenige parlamentarische Körperschaften der Neuzeit dürften so viel Radau- und Skandalszenen aufzuweisen haben, wie die ungarische Volksvertretung, welcher nunmehr ein frühzeitiger Tod vor Augen steht. Der Vorgänger des jetzigen Kabinetschefs, Koloman Tisza, einer der hervorragendsten Staatsmänner Ungarns, mußte seine Stellung infolge der stürmischen Szenen aufgeben, die im Frühjahre 1890 während der Wehrgesetzdebatte von der Opposition systematisch in's Werk gesetzt und auf den Straßen der magyarischen Hauptstadt in widerwärtiger Weise fortgeführt wurden. Und erst kürzlich wieder bewies das unter den schwersten Bedingungen und mit größter Erbitterung ausgetragene Duell zwischen dem ungarischen Honvedminister Fejervary und Ugron, dem Führer der äußersten Linken, bis zu welchem Grade persönlicher Befehdung sich die Verhältnisse zugespitzt haben. Für die Regierung war es daher eine gebieterische Nothwendigkeit geworden, der Krone die Auflösung des Reichstages vorzuschlagen, um nicht ferner mehr als ein halbes Jahr hindurch die Gemüther sich erhitzen und das Land durch die oppositionellen Parteien ungestört und unbeirrt aufwühlen zu lassen. Die Opposition nahm die Ankündigung der Auflösung mit Entrüstung auf. Einer ihrer Führer erklärte diese Maßregel sogar für inkonstitutionell. Dabei trug man aber geflissentlich ein großes Siegesbewußtsein zur Schau, indem man dem Ministerium eine schmähliche Wahlniederlage prophezeite. Indeß zweifelt das Kabinet Szapary nicht daran, daß es im neuen Reichstage wiederum eine starke Majorität besitzen wird. Sache der Regierung würde es in diesem Falle sein, in erster Linie durch eine Parlamentsreform, insbesondere durch eine Revision der Geschäftsordnung, welche eine jede größere gesetzgeberische Aktion lahm legende Obstruktion ermöglicht, die Wiederholung jener skandalösen Vorgänge innerhalb des Reichstages unmöglich zu machen, die dem ungarischen Staate nicht zur Ehre und zum Segen gereichen können. Ein für die Regierung siegreicher Wahlfeldzug wäre auch aus allgemeinen politischen Erwägungen erwünscht; denn würden die oppositionellen Parteien, in denen der ungarische Chauvinismus verkörpert ist, an's Ruder gelangen, so könnte dies leicht bedenkliche Folgen für das staatsrechtliche Gefüge des österreichisch-ungarischen Gesammtstaates haben, dessen ungeschmälerte innerpolitische Festigkeit eine Gewähr des europäischen Friedens bietet.

Die Auflösung der rumänischen Kammer war nicht weniger eine unumgängliche Nothwendigkeit geworden, wie diejenige des ungarischen Reichstages. Als das gegenwärtige Ministerium Catargiu von der Kammer ein Mißtrauensvotum erhielt, konnte es sich bei den verworrenen Parteiverhältnissen, welche zur Zeit eine feste parlamentarische Mehrheit ganz und gar als ausgeschlossen erscheinen lassen, nicht um den Rücktritt des erst vor kurzer Zeit neugebildeten Ministeriums, sondern nur um die Auflösung des Abgeordnetenhauses handeln. Zum zweiten Male in diesem Jahre mußte die Kammer in Rumänien aufgelöst werden. Außerdem sind Cabinetswechsel und Ministerkrisen in Bukarest auch keine ungewöhnlichen Ereignisse mehr, welche die Welt in Erstaunen zu setzen vermögen. Seit dem Sturze des Ministeriums Bratianu's, welcher die Zügel der Regierung fast zwölf Jahre hindurch fest in den Händen gehalten hatte, haben die politischen Verhältnisse in dem Königreich an der unteren Donau die Stetigkeit verloren, durch die es vorher sich im Gegensatze zu den Nachbarstaaten ausgezeichnet hatte. In dem gänzlichen Zerfalle der Parteiverhältnisse sind vornehmlich die Ursachen der gegenwärtigen Krisis sowie der immer sich wiederholenden Krisen überhaupt zu erblicken. Die Parteien sind in eine gar nicht mehr zu übersehende Anzahl von Gruppen zerbröckelt, deren genaue Kennzeichnung und Unterscheidung kaum mehr möglich ist. Die ehemalige Regierungspartei der Nationalliberalen ist seit dem Tod ihres Führers Bratianu, welcher es verstand, die centrifugalen Elemente zusammenzuhalten, ganz auseinandergegangen und durchaus unfähig, zunächst sich wieder zu einer maßgebenden Stellung emporzuarbeiten. Im Besitze der Macht befinden sich augenblicklich die Konservativen, welche sich aber allein, ohne Unterstützung einer anderen Partei, auf die Dauer am Ruder nicht zu behaupten vermögen. Sie suchen daher die Unterstützung der dreibundfreundlichen Junimisten, können sich aber nicht entschließen, dieser Unterstützung durch Bewilligung des junimistischen Programmbedingungen Rechnung zu tragen. Nunmehr haben die Junimisten es satt bekommen, die moralischen Nothhelfer der Konservativen zu spielen. Ihr 12 Mann starkes Fähnlein hat sich daher bei der Abstimmung über das Mißtrauensvotum zu den Gegnern der Regierung geschlagen, um den Ministerpräsidenten Catargiu dazu zu zwingen, die Führer der Gruppe zur Theilnahme an den Regierungsgeschäften heranzuziehen. Es ist nur zu wünschen, daß der durch die Natur seiner Interessen auf die Anlehnung an den Dreibund angewiesene rumänische Staat durch die Neuwahlen aus dem wüsten Chaos seiner Parteiverhältnisse herauskommt und wieder glücklich zu einer Consolidirung der parlamentarischen Lage gelangt, damit die Regierung endlich im Stande ist, die zahlreichen dringlichen innerpolitischen Reformen durchzuführen und zugleich die äußeren Geschicke des Landes mit fester Hand zu leiten.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 30. December.

Berlin. Die kaiserliche Familie ist heute nach dem hiesigen Schlosse übergesiedelt. Die Kaiserin ist letzterer Tage an den Folgen einer Erkältung, hat sich aber wieder erholt. — Prinz Albrecht, der gestern aus Spanien zurückgekehrt ist, wurde bald nach seiner Ankunft vom Kaiserpaar empfangen. — Die Sperrgelder-Vertheilungs-Kommissionen treten nunmehr in Funktion, nachdem der Kultusminister deren Vorsitzende ernannt hat. Die Letzteren gehören zumeist dem Richterstande an.

Gleiwitz. Auf der Bahnstrecke Orzesche-Gleiwitz wurde vergangene Nacht ein Wärterhäuschen durch Dynamit in die Luft gesprengt.

Nürnberg. Dem „Fränk. Cour." zufolge soll seinerzeit sowohl dem Prinzregenten wie dem Prinzen Leopold eine Armee-Inspektion angeboten worden sein. Der Prinzregent habe wegen seines Alters abgelehnt; Prinz Leopold habe nicht angenommen, weil entweder seine Uebersiedelung nach Berlin oder die Bildung des Stabes aus preußischen Offizieren verlangt würde. Damit hänge zusammen, daß weder Prinz Leopold noch Prinz Arnulf nach Berlin gingen.

Lemberg. In Odessa wurden infolge vom Semstwo erhobener Beschwerde die Getreidemagazine des bekannten französischen Geschäftshauses Dreyfuß behördlich geschlossen.

Rom. Die Influenza fordert in ganz Italien erschreckend zahlreiche Opfer. In Mailand und Turin mußte das Krankenpflegerpersonal verstärkt werden. Die Ausländer verlassen zahlreich die Kurorte.

Brüssel. Die Regierung verständigte die belgische Telephon-Gesellschaft davon, daß sie das gesammte Telephon-Netz vom 1. Januar 1893 ab in Staatsbetrieb übernimmt.

London. Der „Times" zufolge begannen letzten Sonnabend Konferenzen zwischen Rußland und Deutschland zum Zwecke der Zulassung des Ersteren zu den abgeschlossenen Handelsverträgen.

Moskau. In verschiedenen nothleidenden Gouvernements herrscht große Erbitterung gegen die Deutschen, die in Flugschriften als die Urheber der Hungersnoth bezeichnet werden. Im Gouvernement Pensa sollen mehrere Deutsche ermordet worden sein.

Rio de Janeiro. Die aufständische Bewegung in Desterro dauert fort. Man befürchtet auch einen Aufstand in Jaguaron, welches sich weigert, sich dem Präsidenten Peixoto zu unterwerfen.

Die Berliner Börse eröffnete schwach, namentlich waren Banken und Kohlenwerthe billiger angeboten. In 2. Stunde änderte sich indeß die Tendenz auf umfangreiche spekulative Käufe für Wiener Rechnung, namentlich wurden Kredit-Aktien und andere österreichische Werthe gesteigert. Von Banken blieben nur Darmstädter matt angesichts der bekannten portugiesischen Coupon-Angelegenheit. Schweizer Bahnen ziemlich matt, deutsche Bahnen fest, aber still. Der Rentenmarkt befestigte sich nach schwachem Beginn bei ruhigem Verkehr. Gegen Schluß zogen die Course namentlich für Banken und österreichische Bergwerke weiter an. Kassaverkehr ruhig. Für deutsche Fonds erhielt sich indeß lebhafte Frage. Fremde Prioritäten meist besser. Privatdiskont 2⅞ Prozent. Nachbörse fest. — Wetter: Naß, gelinde, W.-Wind.

Wien. (Abendb.) Credit 283,50. Staatsbahn 291,40. Lombarden 89,25. Nordwest 208,00. Marknoten 57,875. Ung. Credit 334,00. Fest.

Frankfurt a. M. (Abendb.) Credit [illegible]. Staatsb. [illegible]. Lomb. 74,00. Galizier —. Egypter —. [illegible] Ung. Goldr. 92,00. Discento 171,80. Dresdn. Bk. 138,70. Laura —. Wertaufnahme —. Fest.

Paris. (Schluß.) Rente 95,02. Anleihe 105,10. Italiener 89,05. Staatsbahn 645,00. Lombarden 201,25. do. Prioritäten —. Spanier 65⅞. Egypter —. Ottomanen 563,00. [illegible] Träge.

Berlin. Produkten (Schluß.) Weizen per Dezbr. [illegible], per März-Juni [illegible]. Roggen per December [illegible], per Mai-Juni [illegible], ruhig. Rüböl per December 60,00, per März-Juni [illegible].

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März 260, per Mai 264. Roggen per März 243, per Mai 247.

London. (Produkten-Bericht.) Getreide allgemein träger, nominell. Ordinärer englischer Weizen 1 Sh. niedriger, fremder nur niedriger verkäuflich. — Wetter: Staubregen.

Oertliches und Sächsisches.

— Ihre Majestät die Königin hat auch in diesem Jahre eine große Anzahl armer Familien aus Sibyllenort und Domatschine mit Weihnachtsgeschenken zu erfreuen geruht. Schon einige Wochen vor dem Feste erhielten 25 arme und bejahrte Wittwen aus den genannten Ortschaften Geschenke, meist in Kleidungsstücken und Eßwaaren bestehend. Gleichzeitig wurden eine Anzahl Säuglinge und deren Mütter beschenkt. Am 23. d. M. fand die Bescherung für 90 arme und bedürftige Schulkinder im Königl. Schlosse in Sibyllenort statt. Nach einer Ansprache des Herrn Pastor Katterwe aus Peuke erfolgte unter einem Riesen-Christbaum die Vertheilung der Geschenke durch den Schloß-Kastellan Möhler. Es wurden vertheilt unter die 43 Knaben und 48 Mädchen: 18 Paar Stiefeln, 17 Paar Schuhe, 22 Beinkleider, 55 Hemden, 57 Paar Strümpfe, 23 Shawls, 4 Knabenröcke, 26 Mädchenröcke, 16 Stück Röcke mit Jacken, sowie wollene Mützen und andere Wollsachen. Der Vertheilung dieser Geschenke schloß sich eine Weihnachtsbescherung in der Spielschule, der Lieblingsschöpfung Ihrer Majestät, an. Durch zwei in Sibyllenort stationirte Albertiner-Schwestern erhielten die 18 Knaben und 32 Mädchen der Spielschule nützliche und praktische Geschenke, die mit freudestrahlenden Gesichtern entgegengenommen wurden. Alles in Allem war es eine wirklich königliche Bescherung, die den 170 Armen durch die Munifizenz Ihrer Majestät zu Theil wurde.

— Der Kaiser hat dem Senatspräsidenten bei dem Reichsgericht, Dr. Wernz, den Stern zum Rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub verliehen.

— Dem charakterisirten Verwaltungs-Inspektor Gebler der Garnison-Verwaltung Dresden wurde anläßlich dessen Ausscheidens aus dem aktiven Dienste das Albrechtskreuz verliehen.

— Der Steinmetzmeister Eduard Wilhelm Flügel in Dresden erhielt das Prädikat „Königlicher Hof-Steinmetzmeister".

— Das fünfte Verzeichniß der bei der Beschwerde- und Petitions-Deputation der zweiten Kammer eingegangenen Petitionen enthält wiederum in der Mehrzahl Bitten um Erbauung von neuen Eisenbahnlinien, um Errichtung von neuen Haltestellen x. Unter den übrigen Petitionen [illegible] vermerklichen, welche die Erbauung einer neuen [illegible] in [illegible], die Abstandnahme von Polizeistrafen in die [illegible] der Gastwirthe und die Erleichterung der Anerkennung als [illegible] betreffen.

— Das Königl. sächs. Ulanen-Regiment Nr. 17 wird künftighin die Bezeichnung „Ulanen-Regiment [illegible] Nr. 17, Kaiser Josef von Oesterreich, König von Ungarn" führen und den Namenszug seines Chefs tragen.

— Die Wahlbewegung für die am den 7. Januar festgesetzte Landtags-Ergänzungswahl in Pirna hat nunmehr in vollem Maße ihren Anfang genommen. In einer am 28. d. M. im Schwan-Hotel sehr stark besuchten Versammlung von Wählern, deren Vereinigung die Vertretung verschiedener politischer Fraktionen in sich schloß, erfolgte durch den Vorsitzenden, Herrn Bankier Kesicher, die beifälligst aufgenommene Mittheilung, daß die Vertrauensmänner des reichstreuen Vereins in den zum 4. städtischen Landtags-Wahlkreise gehörigen sieben Städten sich nunmehr einstimmig für die Candidatur des Herrn Commerzienraths Haenel-Pirna erklären — eine Entschließung, welcher die Versammlung alsbald einmüthig beitrat, wie zugleich der zur Verlesung gebrachte Aufruf sofort einstimmige Genehmigung fand.

— Der Vorsitz im Staatsministerium dürfte als ältestem amtirenden Minister Herrn Finanzminister v. Thümmel übertragen werden.

— Die Einweisung der neugewählten Stadtverordneten wird am 7. Januar durch Oberbürgermeister Dr. Stübel erfolgen.

— Heute Abend finden in allen hiesigen Kirchen Sylvester-Gottesdienste statt. Ueberall werden von den Kirchenchören der Feier entsprechende Motetten zur Aufführung gebracht und für den Abend meist besonders gedruckte Gemeindegesänge benutzt.

— Den Ständekammern ist der Entwurf einer revidirten Gesindeordnung für das Königreich Sachsen zugegangen. Diejenigen Bestimmungen der Gesinde-Ordnung vom 10. Januar 1835, welche sich im Verlaufe von mehr als fünf Jahrzehnten bewährt haben, sind beibehalten bez. unter Aufnahme einiger zweckmäßig erschienenen Ergänzungen der neueren Gesetzgebung angepaßt, die unbedingt als veraltet oder mit der letzteren und dem heutigen Rechtsbewußtsein nicht mehr vereinbar anzusehenden Vorschriften des bestehenden Gesetzes aber nicht wieder aufgenommen worden. Weggefallen ist die Bestimmung, daß es zum Eintritt in den Gesindedienst polizeilicher Erlaubniß bedürfe. Ferner ist der § 51 der alten Gesindeordnung fallen gelassen worden, wonach Scheltworte oder geringe thätliche Ahndungen, wozu das Gesinde der Herrschaft durch ungebührliches Betragen Veranlassung gegeben, kein Strafverfahren und keinen Anspruch auf gerichtliche Genugthuung begründen. Nach den seitherigen Bestimmungen wurde fruchtlose Durchführung des polizeilichen Zwangsverfahrens in der Praxis nicht allein als unerläßliche Voraussetzung für die Bestrafung entlaufenen Gesindes, sondern auch als solche für Verfolgung des Schadenersatzanspruches gegen letzteres angesehen. Der vorliegende Gesetzentwurf hat diese Vorschriften beseitigt. Die jetzt bereits vorhandenen Strafbestimmungen dem Vertragsbruche gegenüber sind aufrecht erhalten worden; nur insofern ist eine Neuerung zur Geltung gebracht, als der Dienstherrschaft wahlweise das Recht eingeräumt wird, ob sie entweder die zwangsweise Ein- bez. Zurückführung des vertragsbrüchigen Dienstboten in den Dienst oder nur dessen Bestrafung beantragen wolle. Weiter ist aber die Stellung jedes dieser beiden Anträge bei deren Verlust an die kurze Frist einer Woche gebunden worden, um dadurch zu bewirken, daß der Fehltritt des Dienstboten nicht allzu lange seiner ferneren Vermiethung hinderlich sein könne. Als ein Grund, weshalb ein Dienstbote sofort seine Entlassung fordern kann, ist der aufgenommen worden, daß ein Kind desselben seiner persönlichen Aufwartung nicht zu entbehren vermag. Neu ist die Bestimmung, daß, wenn von einem Dienstboten neben den Gesindediensten auch Dienste anderer Art geleistet werden, im Zweifel anzunehmen ist, daß dafür neben dem Gesindelohn eine besondere Vergütung nicht beansprucht werden kann. Als angemessen ist es erachtet worden, beim häuslichen Gesinde in Zukunft allgemein einmonatliche Kündigung eintreten zu lassen. Neu ist ferner die Bestimmung, wonach die jenige Herrschaft verantwortlich zu machen ist, welche wider besseres Wissen vertragsbrüchiges Gesinde in Dienst nimmt. Der Abschnitt „Polizeiliche Vorschriften" enthält eine Anzahl neuer Vorschriften, die darauf berechnet sind, dem Gesindeverhältnisse wieder zu größerer Sicherung und Stetigkeit zu verhelfen.

— Wie verlautet, wird die Ausgabe des Dresdner Adreßbuches diesmal erst gegen Ende des Monats Januar 1892 zu erwarten sein. In der mit dem Drucke desselben sich beschäftigenden Offizin von Arthur Schönfeld, hier, wird mit allen zu er-

Pfund's (ärztlich empfohlene) Kindermilch. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41 42